



Mehr Geld für den Radverkehr

Investition in Sicherheit und Infrastruktur



„Wir wollen die Stadt umbauen, von der autogerechten Stadt zur lebenswerten Stadt für alle Menschen“, sagt Eva Koch, Sprecherin für Mobilität der grünen Rathausfraktion. „Außer den eigenen Füßen gibt es kein besseres Verkehrsmittel als das Rad, um in der Stadt von A nach B zu kommen.“



Eva Koch

Den Radverkehr deutlich stärker zu fördern, bleibt Aufgabe der Grünen. Im Beschluss sind fachliche Meilensteine wie die Trennung von Fuß- und Radverkehr vorgesehen. Auch die Abbildung im Haushalt muss klarer werden. Wo wieviel Geld für Radverkehr eingesetzt wird, soll künftig vom Auto getrennt werden. Damit gibt es künftig eine Übersicht über die eingesetzten Mittel, die es bisher nur

als Schätzung gibt. Koch lobte vor allem, dass wesentliche Punkte dieser Planung mit den Forderungen des Radentscheids eng abgestimmt wurden. Sechs neue Stellen im Bereich Radverkehr sollen im Rathaus geschaffen werden, sodass ein komplettes Radbüro mit insgesamt neun Mitarbeiter*innen entsteht, das sich systematisch um die Belange von Radler*innen kümmert. Unter anderem ist vorgesehen, bei Straßenbauprojekten die Belange des Radverkehrs bei sämtlichen Planungsvarianten besonders zu berücksichtigen und Lücken im Radwegenetz zu schließen. Außerdem soll es deutlich mehr moderne Radabstellplätze geben.

Nach Ansicht Kochs ist es enorm wichtig, für mehr Sicherheit für Radfahrer*innen zu sorgen, denn nur so könne man Menschen für das Radfahren begeistern. Dafür

hält sie Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in der Stadt für eine einfache und effektive Lösung.

Für die grüne Fraktion ist die Entscheidung ein erster wichtiger Schritt. Dennoch braucht es mehr Geld, um die Radinfrastruktur zu verbessern. „Wir wollen auf dem weiteren Weg der Radverkehrsförderung natürlich auch mit finanziellen Mitteln nachsteuern. Der aktuelle Beschluss ist daher nur ein erster Schritt in die richtige Richtung.“



Alexander Ringbeck Neuer Geschäftsführer

Alexander Ringbeck wird neuer Fraktionsgeschäftsführer der Kasseler Grünen. Der 29-Jährige ist Nachfolger von Arne Träger, der Referent von Kassels Schuldezernentin Ulrike Gote geworden ist. Ringbeck stammt aus dem nordrhein-westfälischen Oelde und ist seit seinem Abitur Mitglied bei den Grünen. Während der rot-grünen Minderheitsregierung war er drei Jahre im Landesvorstand der Grünen Jugend aktiv. Außerdem war er Geschäftsführer des Kreisverbandes Warendorf und der Kreistagsfraktion. An der Uni Bielefeld hat er kürzlich seine Magisterarbeit im Fach Volkswirtschaftslehre abgegeben.

„Ich glaube, dass mir Kassel sehr viel bieten kann“, freut sich der begeisterte Rennradfahrer: zum Beispiel Konzerte, Museen, Galerien, viele Parks und Natur. Für ihn ist der Radverkehr ein großes Thema. „Da geht es jetzt darum, Beschlüsse mit Inhalten zu füllen.“ Seinen Job tritt er bereits am 1. Oktober an. Als Vertretung der Fraktionsgeschäftsführung ist bis dahin Julia Herz tätig.

Nur optisch ein Gewinn

Ausschuss Digitalisierung ist nicht hilfreich

„Ein Ausschuss „Digitalisierung“ ist aktuell wenig hilfreich, den digitalen Wandel in unserer Stadt voranzubringen.“ Der grüne Fraktionsvorsitzende Boris Mijatovic begründete die Ablehnung des Antrages der Piraten in der Stadtverordnetenversammlung im Hinblick auf die Aufgaben. „In der kommunalen Debatte um Digitalisierung geht es regelmäßig um Medienkompetenz junger Menschen, um die technische Ausstattung von Schulen, Verwaltung und Verkehrsinfrastruktur sowie Investitionen in digitale Technik zum Beispiel für die Webseite der Stadt Kassel. Da hat die Stadtpolitik fachliche Debatten in vielen Bereichen“, sagt Mijatovic. Die Gründung eines weiteren Ausschusses wäre wenig effektiv und nur optisch ein Gewinn, brächte inhaltlich

aber keinen Fortschritt. „Ein eigener Ausschuss Digitalisierung würde die fachliche Debatte ja nicht ersetzen. Wir würden eher alles zweimal besprechen, fachlich und digital. Das ist für uns Kommunalpolitiker*innen wenig hilfreich.“

Die konkreten Aufgaben des digitalen Wandels gilt es, in der alltäglichen Stadtpolitik anzugehen und in Debatten möglichst nah am fachlichen Einsatzgebiet zu behandeln. „Wir entscheiden in der Stadt Kassel nicht über Netzfreiheit, Urheberrechte oder Datenschutz, sondern setzen Technik und digitalisierte Medien im Alltag ein“, erläutert Mijatovic.



Boris Mijatovic

Zusammenlegung beschlossen

Osterholzschule und Pestalozzischule

Die beiden Förderschulen Osterholzschule und Pestalozzischule werden zusammengelegt. Das hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Die Osterholzschule wird in das Gebäude der Pestalozzischule zum Schuljahr 2020/2021 umziehen. Das Gebäude der Osterholzschule kann von der benachbarten Losseschule als eine inklusiv ar-



Pestalozzischule

beitende Grundschule genutzt werden. Für Dr. Martina van den Hövel-Hanemann ist dies eine gute Lösung. „Denn wir haben hier steigende Schüler*innenzahlen“, erklärt die schulpolitische Sprecherin der Grünen. Die Zusammenlegung der beiden Lernhilfeschulen zu einem Lernhilfesystem ist im Schulentwicklungsplan beschlossen und aus ihrer Sicht eine folgerichtige Konsequenz grüner Bildungspolitik: „Wir wollen die Modellregion Inklusion ausbauen, Inklusion im Regelschulsystem verankern und Förderschulangebote dort erhalten, wo es Bedarf gibt.“



Osterholzschule

Die Zweifel der CDU an der Umsetzung hält sie für unbegründet. Die einzelnen Schritte hatte Kassels Schuldezernentin Ulrike Gote bereits im Schulausschuss erläutert. Auch den Versuch der Linken, die Zusammenlegung als Schließung umzu-deuten, wies sie entschieden zurück. „Ein gescheiterter Versuch, Eltern werden damit in die Irre geführt“, kritisiert van den Hövel. Die Schüler*innenzahlen in Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen seien gesunken, sodass nur noch Bedarf an einer Förderschule bestehe. „Das zeigt, dass Inklusion im Regelschulsystem auf einem guten Wege ist.“ Warum dieser Vorgang auf Wunsch der AfD auf der Tagesordnung I behandelt werden sollte, blieb ein Rätsel, zumal sich der Vertreter der AfD im Ausschuss nicht einmal zu Wort gemeldet hatte.



Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

NACHGEFRAGT

In der Fragestunde wollte Eva Koch wissen, wie der Stand bei der Beteiligung der Stadt Kassel am **Förderprogramm Bike+Ride** der Deutschen Bahn zur Einrichtung von Fahrradabstellplätzen an Bahnhöfen ist. Verkehrsdezernent Dirk Stochla (SPD) antwortete, dass 300 Parkplätze am Standort Bahnhof Wilhelmshöhe in Planung seien. Von diesen soll ein Drittel überdacht werden. Vanessa Gronemann fragte, wann die **Königstorballe** wieder für den Sport nutzbar sein wird. Nach Auskunft des grünen Stadtbaurats Christof Nolda wird dies Ende April 2020 der Fall sein.



Vanessa Gronemann

Entwurf: Haushalt 2020

Der Haushaltsentwurf 2020 sieht einen Überschuss von 9,2 Millionen Euro vor. Einnahmen in Höhe von 872,7 Millionen Euro stehen Ausgaben von 863,5 Millionen Euro gegenüber. Für die grüne Rathausfraktion spiegelt sich darin erneut die positive wirtschaftliche Entwicklung Kassels wider. Die finanzielle Situation bietet aus grüner Sicht einen guten Investitionsspielraum. Investitionen in Maßnahmen gegen den Klimawandel und für die Verkehrswende sowie eine fortschrittliche Radverkehrspolitik sind wichtige grüne Ziele. Außerdem sollen soziale Projekte und weitere Projekte wie zum Beispiel die Arbeit in der politischen Bildung stärker gefördert werden.

Ehrung für Frauenhaus

Das Autonome Frauenhaus Kassel wird in diesem Jahr 40 Jahre alt. „Das bedeutet 40 Jahre praktische Hilfe für Frauen in höchster Not“, sagt Awet Tesfaiesus, Sprecherin für Gleichstellungspolitik der grünen Rathausfraktion. „Wir freuen uns, dass nun dem grünen Vorschlag gefolgt wird und dem Frauenhaus-Team die Ehrenplakette der Stadt Kassel verliehen wird.“ Das Frauenhaus gehört zu den fundamentalen Säulen der Unterstützung für Frauen in Not. Durch ihr Engagement haben die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen regelmäßig Zufluchtsstätten für Frauen geboten, die häusliche Gewalt erlebt haben. Zudem trage das Autonome Frauenhaus dazu bei, ein unerträgliches Schweigen zu durchbrechen und das Thema Gewalt an Frauen an die Öffentlichkeit zu bringen. „Diese schwierige Arbeit braucht, gerade auch wenn Kinder involviert sind, hohe Professionalität und Einfühlungsvermögen. Diese Arbeit verdient unsere Anerkennung und höchsten Respekt.“



Awet Tesfaiesus

Kurz erklärt

documenta-Institut

Für Kassel ist das documenta-Institut von enormer Bedeutung. Der Standort Karlsplatz steht in der Kritik durch Anwohner*innen. Die grüne Fraktion nimmt die Bedenken sehr ernst. Befürchtungen, dass ein roter Klotz auf den Platz gebaut wird, sind unbegründet. Es wird einen städtebaulichen Wettbewerb geben, der die Anliegen der Anwohner*innen berücksichtigen wird. Die daraus resultierenden Modelle werden aufgestellt.



Fraktion im Rathaus

Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel
☎ 0561 787 1294, fraktion@gruene-kassel.de,
www.gruene-fraktion-kassel.de